

Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 16.05.2001

Sitzungsort:
Ratssaal, Verwaltungsgeb. II

Sitzungsdauer:
17.00 Uhr - 18.25 Uhr

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

SPD

I. Bürgermeisterin Lina Meyer - Vorsitzende -
Ratsherr Horst Jahnke
Ratsherr Dieter Dilling
Ratsfrau Herta Everwien
Beigeordnete Helga Grix
Ratsfrau Elfriede Meyer
Ratsherr Richard Janssen

für Ratsherr Karl-Gerhard Pauels

CDU

Ratsherr Uwe Hellmann
Ratsfrau Sieglinde Kaune bis 18.05 Uhr

Bündnis 90/Die Grünen

Ratsherr Hermann Züchner

Nichtstimmberichtigte Mitglieder

F.D.P. (Grundmandat)

Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser

Beratende Mitglieder

Frau Elsa Hartwig
Herr Klaas Hayenga
Herr Karl-Heinz Kracke
Herr Wübbo Krüizinga
Frau Regine Miermeister

von der Verwaltung

Stadtrat Ewald Fürst
Medizinaldirektor Dr. Eimo Heeren
Stadtamtsrat Gerhard Discus
Stadtamtsfrau Elisabeth Szag
Sozialplaner Josef Engels
Stadtamtsrat Reinhard Kleen als Protokollführer

2 Vertreter der Presse

Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 16.05.2001

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Meyer eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die Vertreter der Emdener Zeitung und der Ostfriesen-Zeitung. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2: Feststellung der Tagesordnung

Einwändungen gegen die vorliegende Tagesordnung werden nicht erhoben.

Punkt 3: Genehmigung der Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 07.02.2001

Beschluss: Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 07.02.2001 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 4: Vorlage 13/1190/1
Zuschuss zu den Personalkosten der Kontaktstelle "Kumm rin"

Frau Szag erläutert die Vorlage und verweist auf den Vortrag des Vereins in der Sozialausschuss-Sitzung am 05.04.2000.

Herr Jahnke unterstützt zwar die Bezuschussung, gibt aber zu bedenken, dass es in Emden viele Vereine gäbe, die ähnlich Förderungswünsche hätten.

Herr Hellmann erkundigt sich, ob die 50.000,- DM nur gezahlt würden, wenn der Verein die restlichen 50.000,- DM einwerbe.

Herr Fürst bestätigt dies. Mit der Bewilligung des Zuschusses wolle man seitens der Stadt Emden aber ein Zeichen setzen.

Herr Züchner befürwortet den Zuschuss, bittet aber gleichzeitig, für andere Vereine ein offenes Ohr zu haben.

Frau Everwien weist auf den bislang ungedeckten Rest von 53.000,- DM hin.

Herr Dr. Beisser befürwortet ebenfalls den Zuschuss, sieht den Verein hinsichtlich der Restfinanzierung aber auch in der Pflicht.

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Verwaltungsausschuss wie folgt zu beschließen:

Beschluss: Dem Verein "Das Boot" wird zum Erhalt der Kontaktstelle "Kumm rin" für das Jahr 2001 eine Förderung in Höhe von 1/2 der Personalkosten (höchstens 50.000,00 DM bei einer vollen Stelle) gewährt. Die restlichen Kosten sind von anderen Trägern zu übernehmen. Es ist vom Verein in geeigneter Weise darzulegen, wie sich die Betreuungstätigkeit insgesamt - vor allem finanziell - für die Kostenträger auswirkt.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 16.05.2001

Punkt 5: Vorlage 13/1585
Zuschuss zum Neubau und zur Erweiterung des Wohnheimes Harsweg der Ostfriesischen Beschützenden Werkstätten GmbH

Herr Fürst erklärt, dass die Zuschussgewährung bisher aufgrund der Haushaltslage nicht möglich gewesen sei. Über den Nachtrag habe man jetzt die Möglichkeit, diese Beschlussvorlage zu unterbreiten.

Frau Szag erläutert die Vorlage und erklärt, dass für die Betreuung der Behinderten über 60 Jahre in der Senioren-Tagesstätte eine Leistungsvereinbarung zwischen den OBW und der Stadt Emden abgeschlossen werde.

Frau Meyer erkundigt sich, ob es in Zukunft nicht immer mehr 60jährige geben werde und das Angebot deshalb überhaupt ausreichen werde.

Frau Kaune, Frau Everwien und Herr Züchner erklären ihre Zustimmung zur vorgesehenen Bezuschussung. Herr Züchner ergänzt, dass die Zahl der über 60jährigen behinderten Menschen auf jeden Fall zunehmen werde. Die geplante Einrichtung könne deshalb nur als Einstieg in eine neue Aufgabe gewertet werden.

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Verwaltungsausschuss wie folgt zu beschließen:

Beschluss: Der Ostfriesischen Beschützenden Werkstätten GmbH wird ein einmaliger Zuschuss in Höhe von 250.000,-- DM für den Neubau/Erweiterung des Wohnheimes Harsweg bewilligt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 6: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Vorlage 13/1066/3
Taxis City Twinning Programm; Bericht über die weitere Zusammenarbeit

Frau Szag erläutert den in der Vorlage aufgeführten Sachstand. Sie ergänzt, dass sie gebeten worden sei, auf dem von der Europäischen Union in Västrerås, Schweden, vom 07.06. bis 09.06.2001 stattfindenden Seminar einen Vortrag zu halten.

Frau Meyer dankt Frau Szag für ihren Vortrag und ihr Engagement, von dem sicher beide Seiten profitierten.

Vorlage 13/1324/1
Neubau eines Altenpflegeheimes im Stadtteil Borssum für Menschen mit gerontopsychiatrischen Störungen

Der künftige Einrichtungsleiter, Herr Ingo Langner, erklärt, dass die rechtlichen Voraussetzungen für das geplante Altenpflegeheim inzwischen vorlägen. Der Baubeginn sei für Anfang Juni geplant. Anhand eines Computerbildes stellt er die vorgesehene Fassadengestaltung des Gebäudes vor. Der Eingangsbereich sei aufgrund der gerontopsychiatrischen Störungen der Heimbewohner bewusst zurückhaltend gestaltet worden. Sehr viel großzügiger fielen dafür die so wichtigen Aufenthaltsbereiche aus, die als Begegnungsstätten dienten. In Anlehnung an die übrige Bebauung habe man für die Außenfassade bewusst eine Verklammerung gewählt. Träger des Baues sei die Hellmich Vita AG, Dinslaken, eine Tochter der

Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 16.05.2001

Hellmich Bau. Diese habe bisher zahlreiche Arenen aber auch schon drei Sozial-Immobilien erstellt, zu denen im nächsten Jahr insgesamt vier weitere hinzu kämen. Die Wahl sei auf diesen Träger gefallen, weil er bereit sei, das Gesamtkonzept umzusetzen, mit Pflegesätzen ähnlich denen im Haus Bethanien. Der Bedarf für das geplante Haus sei offensichtlich gegeben, denn ihm lägen bereits jetzt 30 Voranfragen von bzw. für Emden Bürger vor. Auch zahlreiche Arbeitskräfte direkt aus Borssum hätten sich ihm schon angeboten. Herr Langner weist darauf hin, dass die Hellmich Bau das Heim nicht selber erstellen werde. Die Ausschreibungsunterlagen würden an Firmen aus dem ostfriesischen und Wilhemshavener Bereich versendet werden. Mit der Eröffnung sei Ende März/Anfang April 2002 zu rechnen.

Herr Dilling begrüßt den Bau außerordentlich. Schließlich werde einer langjährigen Forderung des Seniorenbeirats nachgekommen. Er bittet Herrn Langner, das Haus um Einrichtungen der Tages- und Kurzzeitpflege zu ergänzen.

Herr Langner weist darauf hin, dass in dem Haus Plätze für die Kurzzeitpflege vorgesehen seien. Dies sei grundsätzlich im Dachbereich des Heimes möglich. Hinsichtlich der ambulanten Pflege gäbe es noch Abgrenzungsprobleme und Klärungsbedarf.

Herr Dr. Beisser spricht die von Herrn Falko Marx verschickten kritischen Anmerkungen zum Konzept des Hauses, insbesondere den hohen Ressourcenverbrauch durch die stationäre Betreuung an. Er hält 70 Plätze allein für Emden für viel und fragt, ob es nicht besser sei, diese überregional einzurichten. Weiter möchte er gerne wissen, ob mit den Anwohnern gesprochen worden sei.

Herr Langner antwortet, dass jeder Grundstückskäufer auf das Bauvorhaben hingewiesen worden sei. Der Kaufpreis in unmittelbarer Nachbarschaft sei außerdem erheblich reduziert worden. Die Zahl der Plätze sei auf den vorhandenen Bedarf ausgerichtet worden. Außerdem werde neben der stationären auch eine Kurzzeitpflege geboten und man habe auch das Gespräch mit den ambulanten Diensten gesucht.

Frau Szag ergänzt, dass die Tagespflege davon getrennt werden müsse. Trotz mehrerer Anfragen gäbe es hierfür bisher aber keinen Anbieter.

Herr Züchner erkundigt sich, ob Verlegungen vom Douwesstift bzw. dem Haus Bethanien nach Borssum geplant seien.

Herr Langner weist darauf hin, dass hierauf kein Einfluss genommen werden könne, da es sich um zwei getrennte Einrichtungen handele.

Frau Everwien kann die neuerliche Diskussion über Konzepte oder gar den Standort absolut nicht verstehen. Im September 2000 sei das Projekt im Sozialausschuss vorgestellt worden und alle Fraktionen hätten diesem zugestimmt.

Frau Kaune bestätigt dies und wünscht dem Haus viel Erfolg.

Herr Hellmann hält Herrn Marx für einen Fachmann und auf solche sei man angewiesen. Er könne aber nicht verstehen, dass derartige Einwände quasi auf der Zielgeraden gemacht würden. Dies halte er für schlechten Stil, insbesondere wenn nicht allen Fraktionen das erwähnte Schreiben vorläge.

Herr Dr. Beisser hält eine derartige Diskussion nie für zu spät. Man solle sie deshalb nicht in dieser Weise abtun.

Frau Meyer stellt fest, dass keine weiteren Fragen vorliegen. Sie dankt Herrn Langner für seinen Vortrag.

Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 16.05.2001

Tätigkeitsbericht des Ausländerbeirates

Frau Meyer begrüßt hierzu die Vorsitzende des Ausländerbeirates, Frau Soghra Janssen.

Frau Janssen erklärt, sie habe am 12.03.2001 einen Brief an Herrn Fürst gerichtet mit der Bitte, den Ausländerbeirat umzubenennen. Sie sei empört, den Punkt ganz am Ende auf der Tagesordnung vorzufinden. In der heutigen Sitzung werde sie deshalb nicht vortragen. Frau Janssen beantragt, die Satzungsänderung in der nächsten Sitzung unter einem ordentlichen Tagesordnungspunkt zu behandeln.

Frau Meyer erwidert, sie könne die Empörung nicht verstehen. Der satzungsgemäß vorgesehene Tätigkeitsbericht sei ein Punkt von mehreren auf der heutigen Tagesordnung.

Herr Krüzinga erklärt, der Ausländerbeirat habe bei Herrn Fürst und der Verwaltung bisher immer ein offenes Ohr gefunden. Er dankt den Rats- und Verwaltungsmitgliedern für die Teilnahme an den Sitzungen des Ausländerbeirates.

Herr Dilling erklärt, dass die von verschiedenen Ausschussmitgliedern vorgebrachte Kritik an der Positionierung des Tagesordnungspunktes bei der Feststellung der Tagesordnung hätte geäußert werden können. Jetzt sei es dafür zu spät.

Herr Fürst weist darauf hin, dass der Tätigkeitsbericht und eine Satzungsänderung zwei verschiedene Punkte seien. Letzterer müsse vorbereitet werden.

Herr Züchner hält es für erforderlich, die neue Satzung mit veränderten Aufgaben und Beteiligten noch vor der Wahl zu verabschieden.

Herr Fürst zitiert aus einem Schreiben des Vereins "Das Boot", in dem auf die ehrenamtliche Tätigkeit in der Kontaktstelle "Kumm rin" und die dadurch erzielten Einsparungen hingewiesen wird.

Herr Engels weist darauf hin, dass der neue Senioren-Wegweiser Ende Juni erscheinen werde. Das Zustandekommen des Emdener Beratungskompasses sei dagegen noch immer nicht gesichert. Falls die Finanzierung bis zum 01.07.2001 nicht geklärt werden könne, müsse das Projekt als gescheitert angesehen werden.

Herr Engels teilt weiterhin mit, dass weitere 12 Projekte innerhalb der Maßnahme "Lokales Kapital für soziale Zwecke" (LOS) genehmigt worden seien.

Punkt 7: Anfragen

Herr Züchner fragt, wie die massive Kritik der Bezirksregierung im jüngsten Abschiebefall aus Emden zu erklären sei.

Herr Fürst weist auf die dazu herausgegebene Presseerklärung hin, sagt im Übrigen aber eine Beantwortung über das Protokoll zu.

Anmerkung des Protokollführers:

Seit 1998 befindet sich Amin Neazi in der Bundesrepublik und besuchte verschiedene Sprachkurse. Im Wintersemester 1999/2001 schrieb er sich an der FHOOW ein. Nach Ablauf seiner befristeten Aufenthaltsgenehmigung stellte er im August 2000 einen Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung.

Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 16.05.2001

Dieser Antrag wurde von der Verwaltung Emden negativ beschieden, weil Amin Neazi nicht die notwendigen sprachlichen Nachweise vorweisen konnte. Seine Nachweise entsprachen nicht den gesetzlichen Vorschriften. Daraufhin hat die Verwaltung eine Ausreiseaufforderung und Abschiebeandrohung kraft Gesetz erlassen müssen. Amin Neazi legte dann im August 2000 gegen diesen Bescheid der Verwaltung Widerspruch ein und gleichzeitig stellte sein Anwalt beim Verwaltungsgericht einen Antrag der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs.

Das Verwaltungsgericht ordnete diese aufschiebende Wirkung im August 2000 bis zur Entscheidung der Bezirksregierung über den Widerspruch an.

Parallel dazu gingen die gesamten Aktenunterlagen den gesetzlich vorgeschriebenen Weg zur nächsthöheren Behörde, der Bezirksregierung Weser-Ems. Der Bezirksregierung lagen alle Unterlagen zur Beurteilung vor und es sind seitens der Emdener Verwaltung keine Unterlagen und Informationen zurückgehalten worden. Dies gilt auch für die befristete Arbeitserlaubnis im Jahre 2000.

Die Bezirksregierung Weser-Ems wies den Widerspruch des Herrn Neazi vom August 2000 zurück und bestätigte somit die Entscheidung der Emdener Verwaltung.

Im Übrigen wäre es der Bezirksregierung Weser-Ems unbelassen gewesen, bei Bedenken gegen die Entscheidung der Emdener Verwaltung, dem Widerspruch abzuwehren.

(Auszug aus der Presse-Information vom 11.05.2001)

Da weitere Anfragen nicht vorliegen, schließt die Vorsitzende die Sitzung um 18.20 Uhr. Frau Meyer fragt, ob Zuhörerinnen oder Zuhörer Anfragen zu den Beratungsgegenständen der Tagesordnung haben.

Da er direkt angesprochen worden sei, erklärt Herr Marx, dass er das zitierte Schreiben gleichzeitig an alle Fraktionen und die Verwaltung versandt habe. Auch habe er bereits früher das Gespräch mit Herrn Langner gesucht.

Herr Fürst weist darauf hin, dass unter diesem Punkt lediglich Anfragen zu den Beratungsgegenständen der Tagesordnung zulässig seien.

Da derartige Anfragen nicht vorliegen, beendet die Vorsitzende, Frau Meyer, die Sitzung um 18.25 Uhr mit dem Wunsch für einen guten Nachhauseweg.